

Vorwort des Herausgebers

I.

Die Aufzeichnungen Johannes Voglers setzen in der Reihe der Biographischen Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 die Quellenveröffentlichung über die Wirtschaft im Nachkriegsdeutschland fort. Mit dem hier vorliegenden Band wird erstmals die Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unter dem Blickwinkel eines einzelnen Unternehmens näher beleuchtet.

Bei dem Unternehmen handelt es sich um die zwischen 1946 und 1948 privat geführten Mechanischen Werkstätten Freital (MWF) mit Sitz im sächsischen Freital, unweit von Dresden. Der Gründer und Inhaber des Betriebes war Johannes Vogler.

Die Belegschaft, Produktionsausrüstungen und Gebäude der MWF gehörten vorher zur Freitaler-Stahl-Industrie (FSI). Die FSI selbst fiel aufgrund ihres Charakters eines Rüstungsbetriebs während des Krieges unter die sowjetische Demontage. Dadurch war die gleich nach Kriegsende in der FSI selbst vorgenommene Produktionsumstellung auf eine Lokomotiven- und Waggonreparatur grundsätzlich in Frage gestellt. Erst die Gründung der MWF im August 1946 ermöglichte die Fortführung der Reparaturarbeiten und vor allem der Sicherung der Arbeitsplätze. Gerade die Arbeitsplatzsicherung war wichtig, da das im Januar 1946 in der SBZ eingeführte System der Lebensmittelrationierung die Arbeitsfähigen zur Ausübung einer Tätigkeit drängte. Nur ein Arbeitsplatz sicherte auch den Erhalt einer Lebensmittelkarte. In seinen Aufzeichnungen schildert Johannes Vogler in knappen Worten, wie die MWF unter dem ständigen Druck der Demontage und des Abbruchs der FSI einen Neubeginn versuchten.

Das Tagebuch, das eigentlich mehr ein Merkbuch über die Ereignisse zwischen Februar 1946 und Oktober 1948 ist, zeigt anschaulich, unter welchen Bedingungen sich der Wiederaufbau in der SBZ vollzog. So bestätigte sich in den Aufzeichnungen die allgemeine These, daß die sowjetische Demontagepraxis oft recht willkürlich und von großen Härten gekennzeichnet war. Für die MWF stellte sich gleich nach ihrer Gründung im Sommer 1946 das Grundproblem, daß die Sowjetische Militäradministration (SMAD) das gesamte Gelände der FSI – einschließlich der MWF – sprengen wollte. Die Tagebuchaufzeichnungen spiegeln das ständige Hin und Her der Behördeninstanzen in dieser Frage. Die widersprüchlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Befehlsebenen der SMAD sowie innerhalb der sächsischen Landesverwaltung erwecken hierbei den Eindruck, daß die eine Hand nicht wußte was die andere gerade tat oder beabsichtigte. Es schien außerdem auf deutscher Seite ein Interesse daran zu bestehen, die

MWF dem Abbruch zu überlassen. Für die Beschäftigten des Unternehmens bedeutete diese Situation eine große psychologische Belastungsprobe. Letztendlich leistete die Betriebsleitung der MWF am 20. Januar 1947 gegen die Demontage offenen Widerstand. Dieser Protest bedeutete nicht, daß von seiten der MWF das Recht der sowjetischen Besatzungsmacht auf Demontage der FSI bestritten wurde. Vielmehr richtete sich der Protest gegen die Verschleppungspraxis durch die Behörden und die unberechenbare sowjetische Vorgehensweise in dieser Beziehung. Prinzipiell verdeutlicht der Protest der MWF, daß es in der Ostzone schon sehr früh zu offenem Widerstand gegen die Demontage kam. In den Westzonen wird dagegen von offenem Widerstand in bezug auf die Demontagen erst Anfang 1949 berichtet.

Die Handlungsweise der sowjetischen Besatzungsbehörden war – auch bedingt durch den Stalinismus – von einem rigorosen Befehlssystem bestimmt. Allgemein verfestigte sich dadurch in der Bevölkerung das Gefühl des Mißtrauens und der Angst. Drakonische Strafen und Inhaftierungen ohne Angaben von Gründen standen auf der Tagesordnung. Bei einem Gang zu den Besatzungsbehörden mußte stets mit allem gerechnet werden. Hier schien sich eine Kontinuität der Verfahrensweise des Dritten Reiches zu zeigen, zumindest schien es den Betroffenen so. Aus diesen Gründen unterblieben die Tagebucheintragen zwischen Oktober 1945 und Februar 1946, da die Gefahr der Denunziation und Verhaftung bestand. Johannes Vogler erklärte hierzu, daß er erleben mußte, wie Personen von der Straße weg zu Demontagen eingesetzt wurden und erst nach Jahren wieder in Erscheinung traten. Aus diesem Grund ist im Tagebuch das „Ich“ des Autors ausgeblendet. Im Text ist vom Verfasser immer nur als „Herr Vogler“ die Rede, häufig wird auch das kollektive „Wir“ und „Unser“ verwandt. Die distanzierte Berichtsperspektive im Tagebuch diente vor allem dem Zweck, daß sich der Autor bei möglichen Schwierigkeiten mit den sowjetischen Besatzungsbehörden verteidigen konnte und er jederzeit in der Lage dazu war, über seine Tätigkeit als Chef der MWF Rechenschaft abzugeben. Johannes Vogler schrieb das Tagebuch also nicht für sich, wie es für ein Tagebuch eigentlich der Fall ist, sondern für andere Personen – zur Absicherung.

Die Aufzeichnungen Johannes Voglers sind eine Sozial- und Erfahrungsgeschichte der Aufbaugeneration der SBZ und späteren DDR. Das Tagebuch enthält eine Reihe von Eintragungen über das Alltagsleben; der Leser erhält so Einblick in das Mobilitätsverhalten, die Ernährungssituation, die Witterungsverhältnisse (Winter 1946/47), die allgemeinen Versorgungsbedingungen, die Stimmungslage, Arbeitskräftesituation, Geschäftsbeziehungen und vieles andere mehr. Dadurch wird ein sehr detailliertes Bild über die soziale und wirtschaftliche Mikroebene der SBZ vermittelt, d.h. die Anfangsphase des „roten Wirtschaftswunders“ wird an einem ganz konkreten Beispiel nachvollziehbar.

Von Interesse ist das Tagebuch auch unter dem Aspekt des Unternehmertums. Unter dem Begriff „Unternehmer“ ist im Tagebuch aber nicht der selbständige Besitzer mit vorrangigen Gewinnabsichten, der Großaktionär oder der von einer Aktiengesellschaft angestellte Manager gemeint. Der Begriff „Unternehmer“, wie er auch im Buchtitel geführt wird, ist im Sinne Joseph Schumpeters zu verstehen. Einer Person, die ein Werk schafft, vorantreibt und sich dabei von einer bestimmten Idee – z.B. einer Innovation – leiten läßt.

Ganz grob zeigt ein Vergleich des Unternehmertums in den Besatzungszonen Deutschlands, daß die Wirtschaftselite in den Westzonen weitestgehend von einer personellen Veränderung in der Führungsebene nach dem Zweiten Weltkrieg nicht betroffen war. Dagegen vollzog sich in der SBZ ein genau entgegengesetzter Prozeß. Die alte Wirtschaftselite wurde radikal ausgewechselt oder sie wanderte in die Westzonen ab. Neue Führungskräfte ersetzten die alten. Ein Teil dieser neuen Führungskräfte versuchte zu Anfang – sofern sie nicht unter kommunistischem Einfluß standen – ein ähnliches Wiederaufbaukonzept voranzutreiben, wie es die Unternehmer in Westdeutschland verfolgten. Dieses Konzept bestand im wesentlichen in der Wiederingangsetzung der Wirtschaft, sowie in der Umstrukturierung und Reorganisation der überlieferten deutschen Industriestrukturen. Eine solche Herangehensweise an den Wiederaufbau der Wirtschaft wurde jedoch in der SBZ weitestgehend verhindert, da die SMAD im Vergleich zu den westlichen Besatzungsmächten einen harten Reparationskurs verfolgte und zum anderen in der SBZ das sowjetische Wirtschaftsmodell mehr und mehr bestimmend wurde. Der Wiederaufbau nach sowjetischem Vorbild bedeutete die Beseitigung eines großen Teils der existierenden kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Die Mechanischen Werkstätten Freital sind ein Beispiel dafür, wie das Privateigentum und das freie Vertragsrecht in der SBZ bzw. DDR zunehmend zerbröckelt und ausgehöhlt wurden. Diese Entwicklung hatte später ganz allgemein die Minderung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft der DDR zur Folge.

Hervorzuheben ist im Falle der MWF die Improvisationsfähigkeit der Belegschaft, d.h. der Einfallsreichtum mit dem unter denkbar schlechtesten Bedingungen die Reparatur von Lokomotiven und Eisenbahnwagons vorangetrieben wurde. Vom selbstgebauten Kran über den Bau einer eigenen Schmiede bis zur Neukonstruktion und Neuerrichtung eines 65-Kilogramm-Federhammers reicht die Palette der Selbsthilfe. Um notwendige finanzielle Mittel, Grundmaterialien und Zulieferprodukte zu erhalten, organisierten die MWF außerdem noch eine umfangreiche Nebenproduktion. Diese Ingenieurleistungen ohne fremde Hilfe und Flexibilität in der Produktionsgestaltung sind um so höher zu bewerten, wenn dabei berücksichtigt wird, daß die Belegschaft nicht über das notwendige Fachpersonal verfügte und sich selbst schulte. Das Beispiel der Mechanischen Werkstätten Freital läßt ahnen, welches innovative Potential mit der weiteren Verstaatlichung und Zentralisation der Wirtschaft ungenutzt blieb.

II.

Der Geburtsort Johannes Voglers ist Pirna-Copitz bei Dresden in Sachsen. Die Eintragung in das Geburtsregister erfolgte wenige Wochen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Als Geburtstag wird im Register der 17. Juni verzeichnet. Nach dem Besuch der Grund- und Gewerbeschule erlernte Vogler das Tischlerhandwerk. Sein besonderes Interesse gilt der Segelfliegerei. Die Ablegung der notwendigen Befähigungsnachweise für den Segelflug (1928) ermöglichen ihm später den Besuch der Fachschule für Segelflugzeug- und Leichtmotoren-sportflugzeugbau in Oschersleben. Er erhält dort den Befähigungsnachweis als Flugzeugbauer. Seine Motorflugzeugausbildung schließt er im Jahre 1936 ab. Die Berufsperspektiven sind damit in den 30er Jahren nicht schlecht, da die deutsche Flugzeugindustrie durch die Aufrüstung des NS-Regimes einen gewaltigen Aufschwung erfährt. Zuerst arbeitet Johannes Vogler als Kontrolleur in der Flugzeugproduktion, später als Bordmonteur und schließlich wird er in der Flugerprobung als Bordingenieur eingesetzt. Während der ersten Jahre des Zweiten Weltkrieges ist er weiter in der Flugerprobung tätig. Doch im Jahre 1941 verunglückt er bei einem Testflug und ist nach seiner Genesung nur noch bedingt kriegstauglich. In den folgenden Kriegsjahren arbeitet er wieder in der Flugzeugindustrie. Anfang 1944 wechselt Vogler von der Flugzeugindustrie in die Freitaler-Stahl-Industrie als Betriebsingenieur. In den letzten Kriegstagen wird er notgedrungen Soldat und kehrt kurz nach Kriegsende in die FSI nach Freital zurück. Die Sowjetische Militäradministration befiehlt ihn 1945 zum leitenden Ingenieur der Demontage in der FSI. Gleichzeitig wird er Treuhänder der Firma. Als Demontageingenieur kann er entscheidenden Einfluß auf das Tempo und die Zielrichtung der Demontagen nehmen. Vom August 1946 bis zum Oktober 1948 fungiert der Tagebuchautor als Inhaber der Mechanischen Werkstätten Freital. Nach der Verstaatlichung des Unternehmens blieb er im VEB LOWA MWF Werksleiter und Technischer Direktor. Ab 1954 übernahm Vogler die Leitung des VEB Lokomotivenreparatur Tharandt (Sachsen). Im gleichen Jahr wird die Flugzeugindustrie der DDR gegründet. Fachleute werden dringend gesucht. Im Jahre 1956 wechselt Vogler deshalb in die Flugzeugindustrie und ist damit wieder in seinem ursprünglichen Betätigungsfeld. Er arbeitet als Produktionsingenieur im Bereich Organisation und Überwachung des Flugbetriebes der Luftfahrtindustrie. Zwei Jahre später ist er Leiter der Abteilung Flugüberwachung im Ministerium für Verkehrswesen der DDR. Die Auflösung der Flugzeugindustrie im Jahre 1961 zwingt ihn wiederum zur Arbeitssuche. Beim Rat der Stadt Dresden nimmt er eine Stellung im Ressort Industrie an. Ab 1964 ist Vogler dann im Wirtschaftsrat des Bezirkes Dresden tätig. Dort befaßt er sich unter anderem mit Problemen der technischen Sicherheit in der Industrie und Fragen des Arbeits- und Brandschutzes in den ihm unterstellten Betrieben.

Seine Pensionierung erfolgte im Jahre 1979. Heute lebt Johannes Vogler mit seiner Frau in Dresden.

III.

Im Bundesarchiv Potsdam befinden sich im Bestand des Flick-Konzerns etwa zwanzig dünne Aktenhefter über die Vorgeschichte der MWF, d.h. über die Entwicklung der Freitaler-Stahl-Industrie G.m.b.H. bis 1945. Den Akten ist zu entnehmen, daß die Gründung der FSI am 19. Dezember 1939 in Freital erfolgte. Auf das Stammkapital der Firma (300 000 RM) hatte die Sächsische Gußstahl-Werke Döhlen Aktiengesellschaft (SGW) – ein Tochterunternehmen des Flick-Konzerns – einen Stammeinlageanteil von etwa 98%. Noch am Tage der Firmengründung verkaufte der als Strohmännchen fungierende Rechtsanwalt Beda aus Dresden seinen Geschäftsanteil an die SGW. Der Eintrag in das Handelsregister des Amtsgerichtes Freital erfolgte am 6. Januar 1940.

Die erste Gesellschafterversammlung der Firma wurde am 9. Februar 1940 durchgeführt. Nach Absprache mit Flick und dem Ministerialrat Florey der damaligen sächsischen Landesregierung legte man auf dieser Versammlung die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der FSI fest. Zum Aufsichtsrat gehörten der schon erwähnte Florey und der Staatsbankpräsident Nebelung aus Dresden sowie zwei Vertreter des Flick-Unternehmensblocks „Mittelstahl“ aus Riesa.

Das Hauptproduktionsziel der FSI war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die Herstellung von Panzer- und Sprenggranaten. Im Gesellschaftsvertrag vom Dezember 1939 wurde allerdings der Produktionsgegenstand noch mit der „Erzeugung und Verarbeitung von Gegenständen aus Stahl und anderen Metallen“ umschrieben. Hintergrund für die Gründung der FSI war die Strategie des Flick-Konzerns in den 30er Jahren, mit Hilfe einer Anzahl neuer Werke die zu erwartenden großen Aufträge des Heereswaffenamtes zur Produktion von Bomben, Granaten, Geschützrohren und anderen Rüstungsgütern abdecken zu können. Bereits 1934 hatte sich Flick hierzu Aufträge gesichert. Während des Krieges wurde die FSI weiter ausgebaut und die Firma erzielte aus dem Rüstungsgeschäft beachtliche Umsatzsteigerungen und Dividendengewinne.

Die Produktionsentwicklung der FSI war beispielgebend für die Entwicklung der anderen Flick-Unternehmen während des Krieges. Zum Zeitpunkt 1943 hatte Friedrich Flick längst seinen großen Gegenspieler im Rüstungsgeschäft, Krupp, überholt. Der Flick-Konzern produzierte während des Krieges bald mehr Stahl, Kohle und Rüstungsgüter als der Essener Konzern. Das Vermögen Flicks dürfte im Jahre 1943 bei immerhin rund 9 Milliarden RM gelegen haben. Im gleichen Jahr hatte das Flick-Imperium eine Majorität über 132 Unternehmen mit einem Nominalkapital von rund 500 Millionen RM.

Die beachtliche Erweiterung der Produktionskapazitäten der Freitaler-Stahl-Industrie im Zeitraum 1941 bis 1943 hatte einen hohen Arbeitskräftebedarf zur Folge. So stieg die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1943 im Vergleich zu 1942 um fast das achtfache an. Etwa 18% der Beschäftigten waren Frauen. Ein weiterer Beschäftigungsanstieg war aber aufgrund des totalen Krieges nicht mehr möglich. Auch der Versuch, den Arbeitskräftebedarf durch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zu kompensieren, erwies sich als unzureichend. Der Ausbau der vollen Fertigungskapazität konnte infolge des Arbeitskräftemangels bis zum Kriegsende nicht mehr erreicht werden.

Neben deutschen Arbeitskräften kamen in der FSI vor allem Kriegsgefangene aus der UdSSR und Zwangsarbeiter aus Litauen, der Tschechoslowakei und Frankreich zum Einsatz. Das Alter der meisten zur Arbeit gezwungenen ausländischen Arbeiter betrug zwischen 20 und 25 Jahre. Der Anteil der ausländischen Rüstungsarbeiter an den Gesamtbeschäftigten machte etwa 40% aus. Der Anteil der Kriegsgefangenen an den Beschäftigten der FSI betrug ca. 25%.

Die letzten Kriegshandlungen im Frühjahr 1945 brachten die Rüstungsproduktion in der FSI zum Erliegen. Die Firma blieb weitestgehend unzerstört, d.h. die Ausgangsbedingungen für eine Friedensproduktion waren nicht ungünstig. Allerdings handelte es sich bei den Produktionsanlagen der FSI um einen Einzweckbetrieb für die Geschosßfertigung. Eine Produktionsumstellung war ohne weiteres nicht möglich. Doch schon im Juni 1945 begann man in der FSI mit der Reparatur von Eisenbahnwaggons.

Die Rüstungsausrichtung der Produktion in der FSI hatte – entsprechend dem Potsdamer Abkommen – unweigerlich die Demontage des Betriebes zur Folge. Die FSI kam auf die „Liste C.“ In dieser Liste wurden alle die Unternehmen erfaßt, bei denen sich die Besatzungsmacht die Klärung der Eigentumsfrage selbst vorbehielt. So wurde von der SMAD die treuhänderische Verwaltung der Firma verfügt. Die Wahl der SMAD fiel auf Johannes Vogler, da dieser u.a. von der Belegschaft für sein loyales Verhalten während der Kriegszeit und aufgrund seiner Fachkenntnisse geschätzt wurde. Ausschlaggebend war sicher auch, daß Vogler nicht Mitglied der NSDAP gewesen war.

Der dringende Bedarf der sowjetischen Besatzungsmacht an Eisenbahnwaggons und Lokomotiven für die Demontage- und Reparationszüge in die UdSSR hatte die insgesamt positive Wirkung, daß der Betrieb trotz laufender Demontage die Reparaturarbeiten fortsetzen konnte. Nach intensivem Drängen übergab die SMAD im Sommer 1946 einige Gebäude und Geländeabschnitte der FSI zum Zwecke der Weiterführung der Waggon- und Lokomotivenreparatur. Daraufhin wurden die Mechanischen Werkstätten Freital als privates Unternehmen von Johannes Vogler gegründet. Insbesondere sollte mit diesem Schritt erreicht werden, daß von nun ab eine formal-juristische Trennung zum Rüstungsunternehmen FSI bestand.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden übersahen allerdings in Fragen der Demontage diesen feinen Unterschied meistens.

Ab 1947 wurden die Bestrebungen der sächsischen Landesregierung nach Verstaatlichung der MWF immer stärker. Doch solange die SMAD die Weiterexistenz der MWF immer wieder in Frage stellte bzw. eine klärende Entscheidung aufschob, waren die Absichten der deutschen Seite von nur geringer Bedeutung.

Am 23. Dezember 1947 entließ die SMAD die FSI und damit auch die MWF aus ihrer direkten Entscheidungsbefugnis. Nun zeigte sich aber, daß mit dem Wegfall der direkten Befehlshoheit der SMAD der Druck nach Verstaatlichung der MWF immer stärker wurde. Erschwerend kam hinzu, daß sich die neu herausbildenden Wirtschaftsstrukturen nach sowjetischem Vorbild immer zwingender bemerkbar machten. Zunehmend verschlechterten sich durch die Zentralisation die ohnehin schon ungenügenden Zulieferleistungen, die Materialsituation, die Flexibilität der Geschäftsbeziehungen und die Verfügbarkeit über notwendige finanzielle Mittel. Die Produktionsforderungen nach einem höheren Ausstoß von reparierten Waggons und Lokomotiven wurden dagegen immer drückender.

Im Sommer 1948 kam daher die Unternehmensleitung der MWF zur Auffassung, daß eine Verstaatlichung des Betriebes für die Weiterexistenz die beste Lösung sei. Zumal der Übergang in das Volkseigentum (Verstaatlichung) erklärtes Ziel der gesellschaftlichen und politischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone war.

Am 1. Oktober legte die Unternehmensleitung der MWF eine Abschluß- und Eröffnungsbilanz für die Verstaatlichung vor. Im November 1948 wurden die MWF in „Volkseigentum“ überführt. Die neue Bezeichnung lautete: VEB LOWA MWF. Der neue Rechtsträger war nun die VVB LOWA mit Sitz in Wildau bei Berlin. Sämtliche Vermögenswerte der ehemaligen MWF, einschließlich Grund und Boden, gingen damit in das Eigentum der VVB LOWA/Wildau über. Damit erfolgte auch die offizielle Löschung der Firma FSI GmbH aus dem Handelsregister der Stadt Freital.

IV.

Die Originale der Tagebuchaufzeichnungen, der Dokumente und eine umfangreiche Sammlung von Fotos werden im „Haus der Heimat“, dem Heimat- und Bergbaumuseum der Stadt Freital aufbewahrt. Das gesamte Tagebuch umfaßt Eintragungen der Jahre 1945 bis 1948. Die Aufzeichnungen beginnen mit dem 23. August 1945 und enden im Oktober 1948. Vom Oktober 1945 bis zum Februar 1946 erfolgten keine Eintragungen in das Tagebuch. Für die Zeit vom Oktober 1948 bis in die 50er Jahre hinein sind dem Tagebuch Schriftenwechsel, Dokumente, Berichte über das kulturelle Leben der Belegschaft und Zeitungsartikel beigelegt. Aufzeichnungen gibt es

für diesen zuletzt genannten Zeitraum nicht. Gleichfalls sind Fotos der Belegschaft, der Fabrikanlagen sowie zu Produktionsabläufen und -erzeugnissen vorhanden.

Zur Veröffentlichung wurden dem Tagebuch die Aufzeichnungen vom Februar 1946 bis zum Oktober 1948 entnommen. Für die Zeit vom Mai 1945 bis zur Gründung der MWF wurde den Aufzeichnungen (Februar 1946 – August 1946) ein zeitgenössischer Bericht Johannes Voglers über die FSI vorangestellt. Die Tagebucheintragungen, die direkt die MWF betreffen – August 1946 bis Oktober 1948 – werden gleichfalls mit zwei zeitgenössischen Berichten eingeführt. Dem Manuskript sind die dazugehörigen Dokumente beigelegt worden. Auf die obengenannten anderen Tagebuchteile wurde aus Gründen der Verständlichkeit für den Leser verzichtet. So reflektieren die Eintragungen vom August 1945 bis zum Oktober 1945 viele technische Einzelheiten und Personen, die für den Leser keinen Zusammenhang ergeben.

Die Datierung der Eintragungen im Tagebuch beziehen sich entweder auf genaue Tagesangaben oder die Eintragungen umfassen Zeiträume. Innerhalb der Zeiträume sind die Eintragungen fast ausschließlich numerisch zugeordnet, ohne daß damit Tagesdatierungen innerhalb dieser Zeiträume gemeint sind.

Die Auswahl der Dokumente erfolgte nach zwei Gesichtspunkten. Das erste Kriterium war der direkte Bezug des Dokuments im Tagebuchtext. Der zweite Gesichtspunkt stellte die Verstaatlichung der MWF dar. So sollen die Dokumente 14, 17 und 18 auf die Veränderung der Rahmenbedingungen aufmerksam machen. Dabei sind die Dokumente 14 und 17 als Vergleich gedacht, d.h. die Betriebsordnung der MWF als privates Unternehmen und als volkseigener Betrieb. Das Dokument 18 zeigt die zunehmende Bürokratisierung nach der Verstaatlichung. Eine zeitgenössische Einschätzung der Person Voglers liegt mit dem Dokument 19 vor.

Die Rechtschreibung und Grammatik des Originals wurde bis auf offensichtliche orthographische Fehler nicht verändert. Die Urheberrechte des Tagebuches liegen bei Johannes Vogler.

Burghard Ciesla